

# Gelöschte Chats beschäftigen Finma

Die Aufsichtsbehörde will herausfinden, ob CS-Chef Thiam in der Bespitzelungsaffäre gelogen hat

Franziska Pfister

Die Credit Suisse (CS) kommt auch an Weihnachten nicht zur Ruhe. Am Montag entliess die Bank den obersten Sicherheitschef Pierre-Olivier Bouée fristlos, weil er in der Befragung zu den Beschattungen gelogen hatte. Bouée ist der Einzige aus der Konzernleitung, der im Zug der Affäre den Sessel räumen musste. Ob sich die CS-Spitze halten kann, hängt von der Prüfung der Finanzmarktaufsicht ab.

Bankchef Tidjane Thiam und VR-Präsident Urs Rohner sagen, sie hätten nichts gewusst von den Beschattungen. Thiam relativierte das Vorgehen: «Das ist auch mir schon passiert, ohne dass ich es wusste», sagte er am 3. November im Westschweizer Fernsehen. Internationale Unternehmen ordneten eben «gelegentlich» Beschattungen an.

Auf dem Finanzplatz ist die Überwachung scheidender Mitarbeiter üblich, bestätigten inzwischen zwei weitere Banker in der Presse. Guy de Picciotto, Chef der Union Bancaire Privée, bezeichnete sie auf «Finews» als «courant normal», und Ex-Leonteq-Chef Jan Schoch berichtet gar von einem ganzen Team, das über Wochen von Detektiven beschattet worden sei.

«Observation ist ein Mittel, das grössere Schweizer Unternehmen ab und zu einsetzen», sagt der Anwalt und frühere Luzerner Datenschützer Reto Fanger, dessen Firma Swiss Business Protection im Bereich Sicherheit für Firmen tätig ist. In Bedrohungssituationen, wenn es um Sicherheitsrisiken oder Geschäftsgeheimnisse gehe, könne das gerechtfertigt sein. «In gewissem Ausmass ist es legitim, doch stellt sich immer die Frage nach der Verhältnismässigkeit», sagt er.

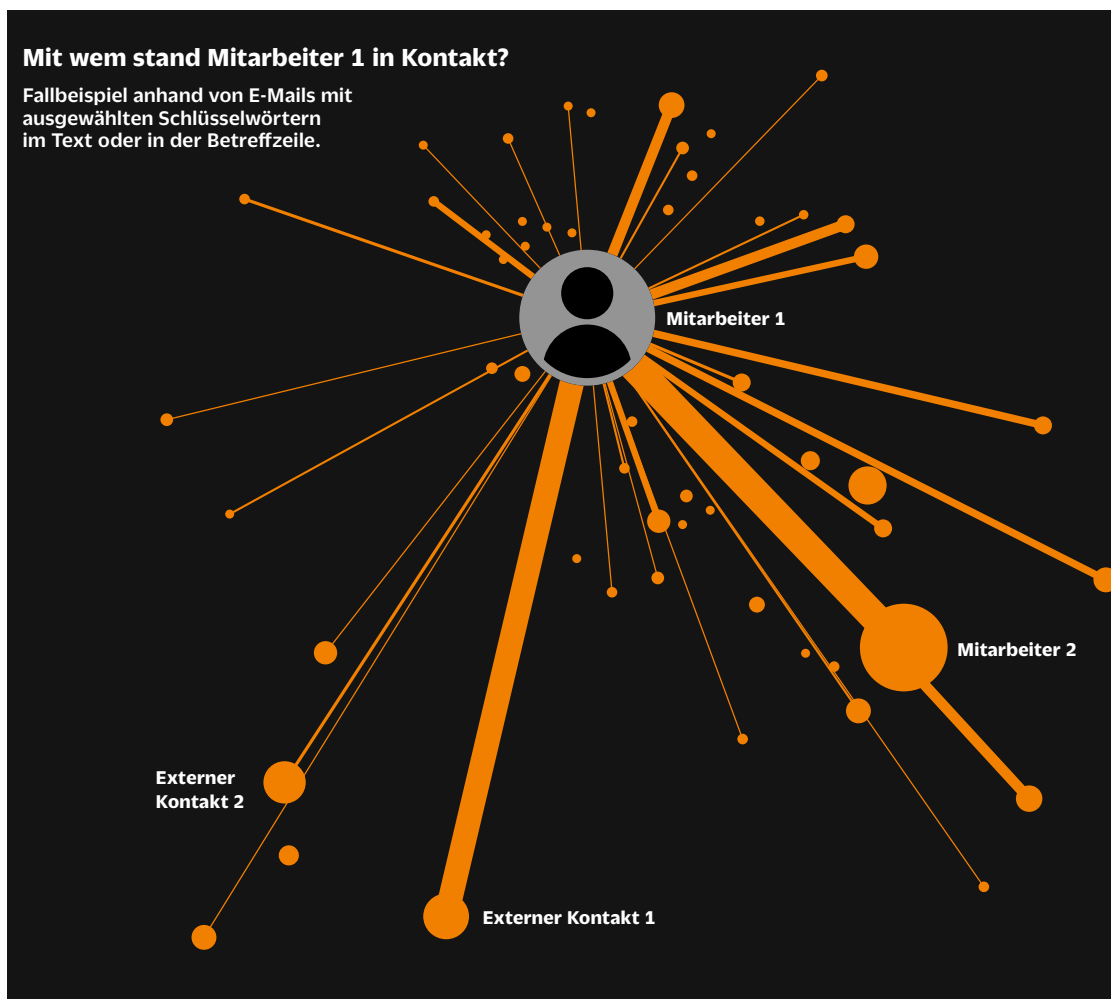
## Gegen das Reglement?

Grosskonzerne schreiben Mitarbeitern meist in Betriebsreglementen vor, welche Programme, Apps und Geräte sie im privaten und geschäftlichen Kontext nutzen dürfen. Die CS kommentiert auf Anfrage nicht, ob auch sie ein solches Reglement hat. Dagegen bestätigt die Bank, dass sie zur Abwehr von Finanzkriminalität die Software Palantir verwendet.

Über die Beschattungen tauschte sich die Sicherheitsabteilung mittels verschlüsselter Apps wie Threema aus und löschte Chats hernach. Diese Chats waren bereits Gegenstand einer internen Untersuchung der Anwaltskanzlei Homburger. Nun interessiert sich die Finma dafür. Die Behörde hat vor einer Woche einen Prüfbeauftragten in der CS eingesetzt, der die Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel und den Informationsfluss untersuchen wird.

## IT-Forensiker nutzen in Untersuchungen moderne Software, um Korrespondenz-Ströme abzubilden

Mit solchen grafischen Darstellungen verschaffen sich Forensiker einen Überblick darüber, wer aus dem untersuchten Unternehmen sich mit wem über ausgesuchte Sachverhalte austauschte



Quelle: Screenshot einer Kommunikations-Analyse

## Wurde ein Chat auf Threema vor Monaten gelöscht, besteht nur eine geringe Chance, die Nachrichten zu rekonstruieren.

Homburger durchforstete im Auftrag der CS monatelang Geräte, studierte E-Mails und Chats, rekonstruierte zerrissene Dokumente und durchsuchte Büros in der Bank. «Zu den Observationen haben wir in den Systemen der Bank keine Dokumente oder Daten gefunden, sagte letzte Woche Flavio Romerio, geschäftsführender Partner der Kanzlei.

«Die Finma wird das Material von Homburger sichten und überprüfen, ob die Kanzlei hart genug gefragt hat», sagt eine Person aus dem aufsichtsrechtlichen Umfeld. Vermutlich werde der Prüfbeauftragte weitere Personen einvernehmen. Im Kern gehe es um die Mitwisserschaft: ob Thiam oder Rohner gelogen haben und ihnen nachgewiesen werden kann, dass sie von den Beschattungen gewusst haben.

Gelöschte Nachrichten auf Threema zu rekonstruieren, ist jedoch laut Experten schwierig. «Wurde ein Chat schon vor Monaten gelöscht, besteht nur eine geringe Chance, die Nachrichten zu rekonstruieren», sagt ein IT-Forensiker. Je nach Mobiltelefon und Softwareversion verschwinden Daten zum Teil sofort und unwiederbringlich.

«Allerdings sehen wir anhand von Identifikationsnummern im Chat, wenn Nachrichten fehlen. Das liefert Anhaltspunkte in Untersuchungen», sagt er.

Beide CS-Observationen liegen Monate zurück. Vermögensverwaltungs-Chef Iqbal Khan wurde im September beschattet, Personalchef Peter Goerke im Februar.

In den Befragungen durch Homburger gaben nicht alle CS-Mitarbeiter private Mobiltelefone heraus. Andere erklärten laut Romerio, sie hätten Mitteilungen gelöscht. Gegenüber dem Regulator dürften sie gesprächsbereiter sein, drohen der Bank doch schmerzhaft und potenziell rufschädigende Strafen.

Dass die Bank sich zu sensiblen Themen über möglichst sichere Kanäle austausche, sei gerechtfertigt und aus Gründen des Datenschutzes und der Informationssicherheit erforderlich, sagt Ex-Datenschützer Reto Fanger. Geschäftstelefone würden von internen Sicherheitsfachleuten aufgesetzt und gewartet. Problematisch sei dagegen, wenn Nutzer selbständig Apps auf die Telefone lüden. Dies widerspreche oft den IT-Nutzungsreglementen von Unternehmen.

Heikel sei auch, wenn Banker private Telefone entgegen den Vorgaben für berufliche Zwecke verwendeten.

Noch hat die Finma nicht entschieden, wen sie als Beauftragten einsetzen wird. Eine Mitsprache hat die CS zu tragen - je nach Umfang könnte dies in die Millionen gehen.

Diese wird mutmasslich eine Anwaltskanzlei im Auftrag der Finma ausführen. Dabei rapportieren die Anwälte an die Behörde und müssen einen Kostenrahmen einhalten. Die Kosten der Untersuchung hat die CS zu tragen - je nach Umfang könnte dies in die Millionen gehen.

Wichtigstes Mittel des Prüfbeauftragten sind Befragungen von Mitarbeitern. Daneben werden Juristen, Wirtschaftsprüfer oder Forensiker elektronische Datenspuren von Dokumenten, Computerdaten oder Korrespondenz analysieren und hierzu in ständigem Austausch mit der Finma stehen.

Noch handelt es sich im Fall Credit Suisse um Vorabklärungen. Nach deren Abschluss entscheidet die Aufsichtsbehörde, ob sie

## Chronologie

### Bespitzelungs-Affäre in der CS

- 22.2. Detektive beobachten unbemerkt CS-Personalchef Peter Goerke mehrere Tage.
- 17.9. CS-Spitzenmanager Iqbal Khan entdeckt, dass er verfolgt wird, und erstattet Anzeige bei der Polizei.
- 20.9. Medien berichten über die Beschattung Khans. Die Namen der Detektei und von Mittelsmann T. S. sichern durch.
- 23.9. Die CS beauftragt die Kanzlei Homburger mit einer internen Untersuchung.
- 24.9. T. S. begeht Suizid.
- 1.10. Homburger legt den Untersuchungsbericht vor, VR-Präsident Urs Rohner spricht von einem Einzelfall. Die Sicherheitschefs Pierre-Olivier Bouée und Remo Boccali scheiden aus.
- 3.11. Bankchef Tidjane Thiam sagt in einem TV-Interview, er habe von der Observation Khans nichts gewusst und sie nicht angeordnet.
- 17.12. Die NZZ deckt die Beschattung Goerkes auf.
- 20.12. Die Finma setzt einen Prüfbeauftragten in der CS ein.
- 23.12. Die Bank entlässt Bouée fristlos. Die CS-Spitze sei nicht im Bild gewesen über die Beschattungen. (frp.)

ein Enforcement-Verfahren ansetzt. Dazu kommt es nur, falls der Prüfbeauftragte nicht alle geforderten Informationen findet oder aus aufsichtsrechtlicher Sicht weiterer Klärungsbedarf besteht.

Laut Fachleuten mündet erfahrungsgemäss nur eine von zehn Vorabklärungen in ein Enforcement-Verfahren. Erst auf dieser Verfahrensstufe kann der Regulator formelle Einvernahmen anordnen, welche dann Finma-Mitarbeiter der Abteilung Enforcement durchführen.

### Rücktritt nach Lüge

Die Beschattungsaffäre sei zwar brisant, aus aufsichtsrechtlicher Sicht liege aber womöglich gar nicht sonderlich viel im Argen, erklärt der Experte aus dem aufsichtsrechtlichen Umfeld.

2018 schloss die Finma gemäss dem Enforcement-Bericht 42 Verfahren ab, unter anderem zu mangelhafter Corporate Governance. Sollte sich herausstellen, dass Thiam gelogen habe, wäre ein Rücktritt unvermeidbar, sagt der Aufsichtsrechts-Experte. «Dazu brauchte es aber keine Verfügung der Finma. Der Verwaltungsrat würde ihn sofort entlassen.» Mitarbeit: Peter Hossli

## Tödliche Lotterie ...

Fortsetzung von Seite 23

Ruhstaller weder die Krankenkassen noch die als Preistreiber etikettierten Pharmahersteller allein schuld. «Die Ursachen liegen bei strukturellen Fehlern im ganzen Entscheidungsprozess. Da muss vor allem das BAG Veränderungen herbeiführen und verlässliche Strukturen schaffen.» Die Dauer der Preisfindung sei bei allem Verständnis für die Komplexität der Sache nicht nachvollziehbar.

Das Bundesamt für Gesundheit verneint auf Anfrage, dass etwa die Zunahme der Anträge und die

Komplexität der neuen Produkte oder etwa personelle Engpässe die grossen Probleme verursachten. Die zuständige Sektion Medikamente hat ihren Personalbestand von lediglich acht (!) Vollzeitstellen vor zehn Jahren auf inzwischen neunzehn erhöhen können. Drei weitere Posten kommen ab 2020 hinzu. Das BAG schiebt den schwarzen Peter klar der Pharmaindustrie zu: «Hauptgrund für Verzögerungen sind die hohen Preisforderungen.» Gleichzeitig spielt es die Situation herunter: «In der Schweiz sind wir bei der Vergütung von Arzneimitteln das drittschnellste Land in Europa.»

Dass es aber deutlich schneller geht, zeigt eine vergleichende Untersuchung für vier europäi-

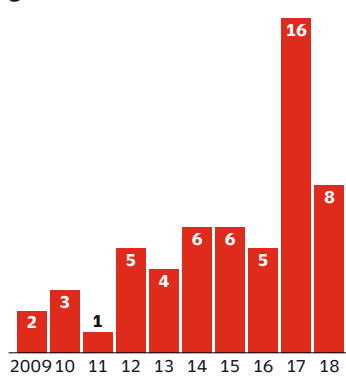
sche Länder. So schafft es Schweden offenbar, neue Krebsmittel innert drei Monaten allen Patienten zur Verfügung zu stellen. Deutschland benötigt 42 Tage.

Dass Handlungsbedarf bestehe, findet aber auch das eng von Bundesrat Alain Berset geführte Amt in einer schriftlichen Antwort. 2020 soll deshalb im Rahmen des Kostendämpfungspakets die Umsetzung von neuen Preismodellen gestärkt werden. Dazu finde bis 2020 eine «Evaluation der Vergütungen im Einzelfall» statt und im Laufe des Jahres sollen dem Bundesrat Vorschläge unterbreitet werden.

Offensichtlich ist Bewegung in die Diskussion gekommen. Denn auch Interpharma legte vergan-

## Neue Medikamente

Anzahl der Krebstherapien, die jährlich neu kassenpflichtig geworden sind



Quelle: Volkinger: «Approval and time to pricing decision of cancer drugs in Switzerland (2009-2018)»

gene Woche an «Akteure im Gesundheitswesen» einen Vorschlag vor, wie eine beschleunigte Aufnahme von neuartigen Therapien auf die Spezialitätenliste sicherstellgestellt werden könnte. Dabei sollen innovative Medikamente quasi parallel von Swissmedic und BAG begutachtet werden. «Flexible Vergütungsmodelle sollen Unsicherheiten im Rahmen der Markteinführung innovativer Therapien adressieren.» Der Deal solle mittels einer «zeitlich befristeten Patientenzugangsvereinbarung zwischen BAG und der Herstellerin umgesetzt» werden.

Die Vorschläge könnten auch bei den Krankenversicherungen Anklang finden. Branchenführer

wie Helsana denken laut darüber nach, eine Art branchenweit verbindliche Beurteilung von Medikamenten zu etablieren. So sollte es nicht mehr zu den grossen Beurteilungsunterschieden zwischen den Versicherungen kommen. Dazu wollen diese als Kollektiv mit den Pharmaherstellern verhandeln und eine Art Schiedsgericht etablieren, um bei Pattsituationen einen schnellen Entscheid erreichen zu können.

Die Ideen zeigen, dass die Interessengruppen die Dringlichkeit der Situation erkannt haben. Für die mehr als 300 000 Menschen, die in der Schweiz derzeit mit einer Krebsdiagnose leben, käme eine Verbesserung der Lage jedenfalls keinen Tag zu früh.